



RESIST

Fostering Queer Feminist Intersectional Resistances against Transnational Anti-Gender Politics

RESIST Projektbericht

Wirkungen von und Widerstände gegen
,Anti-Gender'-Mobilisierungen in Europa:
Bericht zur Fallstudie Schweiz

Übersetzt aus dem Englischen



UNIVERSITÉ DE FRIBOURG
UNIVERSITÄT FREIBURG



Lucerne University of
Applied Sciences and Arts

**HOCHSCHULE
LUZERN**




**Funded by
the European Union**

**RESIST**

Fostering Queer Feminist Intersectional Resistances against Transnational Anti-Gender Politics

VERÖFFENTLICHUNGSHINWEISE

TITEL	RESIST Projektbericht: Wirkungen von und Widerstände gegen ‚Anti-Gender‘-Mobilisierungen in Europa: Bericht zur Fallstudie Schweiz
AUTOREN	Ekaterina Filep, Gaé Colussi
DATUM	2024
HERAUSGEGEBEN VON	RESIST Project
DOI	10.5281/zenodo.14334423
URHEBERRECHTE	 Creative Commons Namensnennung-Share Alike 4.0 International

ZITIERWEISE	<i>Ekaterina Filep, Gaé Colussi (2024): RESIST Projektbericht: Wirkungen von und Widerstände gegen ‚Anti-Gender‘-Mobilisierungen in Europa: Bericht zur Fallstudie Schweiz. https://doi.org/10.5281/zenodo.14334423</i>
--------------------	---

ART DER VERÖFFENTLICHUNG	Bericht
WEITERE INFORMATIONEN	Projektergebnis D2.1: Report on the effects and everyday resistances to anti-gender mobilisations. Arbeitspaket 2 – Effects of Anti-Gender: Lived Experiences and Everyday Resistances
REPOSITORIUM	https://zenodo.org/communities/resistproject/
PROJEKT-WEBSITE	https://theresistproject.eu/
FÖRDERUNG	Finanziert von der Europäischen Union unter der Projektnummer: 101060749. EU Horizon Europe (EU-Partner); Horizon Europe Guarantee Scheme der britischen Regierung (britischer Partner); Schweizer Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (Schweizer Partner).
ZUR KENNTNISNAHME	Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind ausschließlich die der Autor*innen und spiegeln nicht unbedingt diejenigen der Europäischen Union oder der britischen und schweizerischen Förderbehörden wider. Weder die Europäische Union noch die Förderbehörden können für sie verantwortlich gemacht werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
Einführung	6
Kontext	6
Ergebnisse	7
1. Medien und Politik scheinen die Hauptkanäle der „Anti-Gender“-Politik zu sein	7
2. „Anti-Gender“ führte zu verstärkten Ängsten vor physischer Gewalt und erforderte erhöhte Vorsichtsmassnahmen.	9
3. Hass und gezielte Angriffe im Internet wurden in der Schweiz als weit verbreitet gemeldet	10
4. Die Allgegenwärtigkeit der „Anti-Gender“-Rhetorik: vom öffentlichen Diskurs bis zu persönlichen Interaktionen	11
5. Umstrittene Kompetenz und Professionalität: Eintreten für Gleichheit und Vielfalt bei gleichzeitigem Umgang mit Feindseligkeit	12
6. Eine „geschlechterfeindliche“ Politik erschwert Verbündete und behindert komplexe Diskussionen	14
7. Die Teilnehmenden deckten die Auswirkungen von Fehlinformationen in den Medien auf	16
8. Der schwere Tribut der negativen Medienberichterstattung an die Diskurse und Themen der Aktivist*innen	17
9. Transsexuelle und geschlechtlich heterogene Menschen sind am stärksten von „Anti-Gender“ betroffen	18
10. Umgang mit Feindseligkeiten: Strategien von Gleichstellungsaktivist*innen	19
Fazit	21
Profile der Befragten	23

Kapitel 10: Schweiz

Ekaterina Filep (Université de Fribourg) und Gaé Colussi (Université de Lausanne)

Zusammenfassung

Die Schweiz hat in letzter Zeit mehrere Gesetzesänderungen im Bereich der Geschlechtergleichstellung umgesetzt, vor allem als Reaktion auf soziale Bewegungen, die sich für diese Reformen einsetzen. Beispiele für Fortschritte sind die Ausweitung der Antidiskriminierungsgesetze auf die sexuelle Orientierung sowie die Legalisierung der Ehe für alle. Beide Gesetze stiessen in Volksabstimmungen zwar auf Widerstand, wurden jedoch von einer deutlichen Mehrheit der Stimmberechtigten angenommen. Andere Themen wie die Einführung einer dritten Geschlechtsoption in amtlichen Registern sorgen jedoch weiterhin für intensive Debatten in den parlamentarischen Prozessen und in den Medien und stossen auf erheblichen Widerstand. Trotz der beträchtlichen Unterstützung für die Gesetzesänderungen in den Volksabstimmungen zeigt sich eine "Anti-Gender"-Mobilisierung auch in der Schweiz. So führt die rechtskonservative SVP eine Kampagne gegen den sogenannten „Gender-Terror“ und rechte Medien schüren Feindseligkeiten, indem sie Gender-Ideologien als Bedrohung für Freiheit, moralische Werte und Kinder darstellen.¹ Rechtsextreme Gruppen haben Veranstaltungen wie „Drag Story Time“ gestört und sich aktiv gegen die sogenannte „Gender-Ideologie“ positioniert.² Berichte zeigen ausserdem einen Anstieg von Hassverbrechen gegen die LGBTIQ+-Gemeinschaft, wobei insbesondere Transpersonen häufig Opfer von verbaler Belästigung, körperlichen Übergriffen und Angriffen in sozialen Medien werden.³

Teilnehmende einer Fallstudie über die Schweiz berichteten von unterschiedlichen Formen, in denen sie feindselige Politik im Alltag erleben. Viele äusserten eine wachsende Angst vor körperlicher Gewalt und beschreiben, dass sie bei öffentlichen Veranstaltungen verstärkt Vorsichtsmassnahmen treffen. Auch die Auswirkungen von Online-Hass wurden angesprochen: Berichten zufolge ist dieser weit verbreitet, und viele Betroffene erhalten regelmässig Hassnachrichten und Drohungen. Die ständigen Anfeindungen im Internet veranlassen viele dazu, ihre persönliche und berufliche Online-Präsenz einzuschränken. Zudem ist die Angst gross, dass sich digitale Gewalt in reale physische Angriffe verwandeln könnte.

¹ Washington, O. (2023) Warum hat die SVP ein Problem mit der Gender-Thematik?, srf, verfügbar unter: <https://www.srf.ch/audio/samstagsrundschaue/warum-hat-die-svp-ein-problem-mit-der-gender-thematik?id=12393943>. (Zugriff: 11. Juli 2024).

Siehe auch das Ergebnis des RESIST-Projekts zur "Anti-Gender"-Politik in Europa: das RESIST-Projekt (2024) Ergebnisse der Schweizer Fallstudie. Verfügbar unter: https://theresistproject.eu/sdc_download/576/?key=2mhb8162vosolmu9i9ly33nhsrg3m2 (Zugriff: 3. Juli 2024).

² Glaus, D. (2022) "Friedlicher Aktivismus" als blanker Hohn srf, verfügbar unter: <https://www.srf.ch/news/schweiz/aktionen-der-jungen-tat-friedlicher-aktivismus-als-blanker-hohn> (Zugriff: 11. Juli 2024).

³ Hate Crime Report (2023) Pink Cross, LOS, TGNS, verfügbar unter: https://www.pinkcross.ch/unser-einsatz/politik/hate-crime/hatecrime_bericht_2023_de.pdf, (Zugriff: 3. Juli 2024)

Aktivistinnen, Aktivisten und Fachpersonen, die im Bereich Geschlechtergleichstellung tätig sind, berichteten, dass die zunehmende Feindseligkeit sie unter Druck setzt. Dies führt häufig zu Selbstzensur und einer äusserst vorsichtigen Vorbereitung auf öffentliche Auftritte. Negative Berichterstattung in den Medien sowie die Verbreitung von „Anti-Woke“-Narrativen und Verschwörungstheorien untergraben die Bemühungen der Befürworter und verleihen dem Menschenrechtsaktivismus eine negative Konnotation. Dies führt bei vielen Unterstützenden zu emotionaler Belastung und Burnout. Zu den wirkungsvollen Strategien gegen die „Anti-Gender“-Rhetorik gehören der Aufbau politischer Allianzen, die Förderung von Solidarität und gegenseitiger Unterstützung, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Aufklärung und geduldigen Dialog sowie das Schaffen unterstützender kultureller Räume. Zudem wird Selbstfürsorge und die Schaffung sicherer Rückzugsorte als zentral erachtet, um die psychische Gesundheit zu bewahren und die Resilienz und Nachhaltigkeit des Engagements zu stärken.

Schlüsselwörter: Feindseligkeit; Online-Hass; Angst; Solidarität; Unterstützung, Schweiz.

Einführung

Dieser Fallstudienbericht untersucht die Auswirkungen „geschlechterfeindlicher“ Politik in der Schweiz und beleuchtet, wie Betroffene mit Angriffen auf ihre Identität, ihr Leben sowie ihre Arbeit im Bereich Sexualität und Geschlecht umgehen. Er zeigt zudem auf, wie sie sich diesen Angriffen stellen und Strategien des Widerstands entwickeln. Insgesamt nahmen 31 Personen an der Studie teil: 21 von ihnen in vier Fokusgruppen (jeweils mit 3–7 Teilnehmenden) sowie 12 in Einzelinterviews, wobei zwei dieser Personen sowohl an einer Fokusgruppe als auch an einem Interview beteiligt waren. Die Rekrutierung der Teilnehmenden erfolgte gezielt per E-Mail; nähere Details hierzu finden sich in [Tabelle 10: Profile der Befragten in der Schweiz](#).

Der Bericht beginnt mit einem Überblick über den nationalen Kontext und stellt anschliessend die zentralen Erkenntnisse aus den Fokusgruppen und Interviews vor. Die Studie umfasst Menschen mit vielfältigen geschlechtlichen Identitäten, sexuellen Orientierungen sowie rassischen und ethnischen Hintergründen. Die Teilnehmenden sind in verschiedenen geschlechtsbezogenen Bereichen aktiv, darunter Aktivismus, Wissenschaft, staatliche Gleichstellungsarbeit, sexuelle Gesundheit und Bildung, Politik, Sexarbeit, Trans-Aktivismus, Queer/LGBTIQ+-Beratung, Anti-Rassismus-Arbeit, Drag sowie Online-Aktivismus. Ihre vielfältigen Perspektiven bieten einen vertieften Einblick in die unterschiedlichen Erfahrungen mit den „Anti-Gender“-Mobilisierungen in der Schweiz.

Kontext

Das halbdirekt-demokratische System der Schweiz kombiniert Elemente der repräsentativen und der direkten Demokratie und räumt den Bürgerinnen und Bürgern eine bedeutende Mitbestimmung ein. Dieses System basiert auf zwei zentralen Instrumenten: der Volksinitiative und dem fakultativen Referendum. Die Volksinitiative bietet den Bürgern die Möglichkeit, Änderungen an der Verfassung vorzuschlagen. Erhält ein solcher Vorschlag innerhalb von 18 Monaten mindestens 100'000 gültige Unterschriften, wird er zur nationalen Abstimmung gebracht. Dieses Instrument erlaubt es den Bürgern, direkt Einfluss auf die politische Agenda zu nehmen und das parlamentarische Verfahren zu umgehen, sofern ein breiter öffentlicher Rückhalt vorhanden ist.⁴

Das fakultative Referendum ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern, Gesetze, die von der Bundesversammlung verabschiedet wurden, anzufechten. Werden innerhalb von 100 Tagen nach der Veröffentlichung des Gesetzes mindestens 50'000 gültige Unterschriften gesammelt, kommt es zu einer nationalen Abstimmung, bei der die Bevölkerung über die Annahme oder Ablehnung des Gesetzes entscheidet. Dieses Instrument dient als Kontrollmechanismus für parlamentarische Entscheidungen und stellt sicher, dass strittige Fragen nicht ausschliesslich von den gewählten Volksvertretern, sondern direkt von der wahlberechtigten Bevölkerung entschieden werden können. Dies übt Druck auf Politiker aus, Ergebnisse zu erzielen, die in der Öffentlichkeit mehrheitsfähig sind. Gleichzeitig führt dies jedoch zu einem ambivalenten Einfluss auf den Kampf um die Menschenrechte, da gesellschaftliche Akzeptanz und rechtliche Fortschritte nicht immer im Einklang stehen.

Dieses System hat die Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter und der sexuellen Ausrichtung in der Schweiz erheblich beeinträchtigt. Das Frauenstimmrecht ist ein bemerkenswertes Beispiel, da Frauen das Wahlrecht bei den eidgenössischen Wahlen erst 1971 erhielten, weil ein nationales Referendum erforderlich war, bei dem die männlichen Wähler bis in die 1970er Jahre wiederholt dagegen stimmten.⁵ Einige Kantone

⁴ Linder, W. und Müller, S. (2021) *Swiss Democracy: Lösungsansätze für Konflikte in multikulturellen Gesellschaften*. Cham: Springer International Publishing, S. S. 127-151. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/978-3-030-63266-3>.

⁵ Linder, W. und Müller, S. (2021), S. 99.

hinkten noch weiter hinterher: Appenzell Innerrhoden gewährte den Frauen das Wahlrecht erst 1991 nach einem Bundesgerichtsentscheid.

Viele geschlechtsspezifische Themen wurden in der Schweiz durch Volksabstimmungen entschieden, zuletzt die Einführung der Ehe für alle (2021 angenommen) und die Ausweitung der Antidiskriminierungsgesetze auf die sexuelle Orientierung. Obwohl beide Vorlagen von über 60 % der Stimmberechtigten unterstützt wurden, besteht in der Schweiz weiterhin erheblicher Widerstand gegen geschlechtsspezifische Fragestellungen.

Die bisherige Forschung des RESIST-Projekts hat gezeigt, dass sich der Widerstand gegen die Gleichstellung der Geschlechter und der sexuellen Identität im parlamentarischen Diskurs in der Schweiz oft nicht durch offene Ablehnung äussert, sondern vielmehr durch technokratische oder legalistische Argumente.⁶ Die Forschung des RESIST-Projekts hat zudem aufgezeigt, dass rechte und konservative Medien die Feindseligkeit gegenüber Diversitäts- und Inklusionsfragen verstärken, indem sie die sogenannte „Gender-Ideologie“ als Bedrohung der Meinungsfreiheit darstellen. Trans- und LGBTIQ+-Aktivismus werden dabei häufig mit Begriffen wie „Wokeism“ und „Cancel Culture“ verknüpft. Zu den gängigen Narrativen gehören der angebliche Schutz von Minderjährigen vor „Frühsexualisierung“ sowie die vermeintlichen Risiken geschlechtsangleichender Behandlungen.

Andere zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Transgender Network Switzerland haben in ihren Berichten ein hohes Mass an transphobischen Inhalten in den Schweizer Medien festgestellt.⁷ Der jährliche Hate Crime Report, der von LGBTIQ+-NGOs veröffentlicht wird, alarmiert über eine spürbare Zunahme von Hassverbrechen gegen die LGBTIQ+-Community in den letzten Jahren, wobei Vorfälle von Gewalt und Diskriminierung in verschiedenen Regionen gemeldet wurden. Zu diesen Straftaten gehörten insbesondere verbale Belästigungen, körperliche Angriffe und Angriffe in den sozialen Medien, die sich in erster Linie gegen Transgender-Personen und Personen richteten, die als nicht konform mit den traditionellen Geschlechterrollen wahrgenommen werden.⁸ Darüber hinaus berichten Organisationen, die sich für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen, wie Santé Sexuelle Suisse, von regelmässigen Konfrontationen mit „Anti-Gender“- und Anti-Abtreibungs-Bewegungen, was darauf hindeutet, dass sexuelle und reproduktive Rechte auch von „Anti-Gender“-Mobilisierungen in der Schweiz betroffen sind.⁹

Ergebnisse

1. Medien und Politik scheinen die Hauptkanäle der „Anti-Gender“-Politik zu sein

Obwohl der Begriff „Anti-Gender“ in der Schweiz nicht weit verbreitet ist, haben die Teilnehmenden seine Auswirkungen in Form von verschiedenen Anfeindungen festgestellt. Sie stellten einen wachsenden Widerstand gegen fortschrittliche Bewegungen wie Antirassismus, Feminismus und den Kampf für Queer- und Trans-Rechte fest. Medien und Politik erwiesen sich als Hauptschauplätze für diese Mobilisierungen, wobei Fehlinformationen Angst

⁶ The RESIST Project (2024) Ergebnisse der Schweizer Fallstudie, verfügbar unter https://theresistproject.eu/sdc_download/576/?key=2mhb8162vosolmu9l9ly33nhsrg3m2

⁷ Kraus, J (2021) Keine Ruhe geben, verfügbar unter: <https://www.equality.ch/f/Membres.htm> (Zugriff: 16. Juni 2024).

⁸ Hate Crime Report (2023) Pink Cross, LOS, TGNS, verfügbar unter: https://www.pinkcross.ch/unser-einsatz/politik/hate-crime/hatecrime_bericht_2023_de.pdf, (Zugriff am 3. Juli 2024).

⁹ Rohner, S., Weiss, C. (2023) *Sexual Health and Rights under pressure: resistance and challenge*, MMS Bulletin #167s, verfügbar unter:

<https://www.medicumundi.ch/de/austausch-und-vernetzung/veranstaltungen/mms-fachtagung/sexual-hhealth-and-rights-under-pressure-res/> (Zugriff: 20. Juni 2024).

und Feindseligkeit schüren. Die Teilnehmenden wiesen auch darauf hin, dass sich die aktuellen Feindseligkeiten von der extremen Rechten in die politische Mitte verlagern und oft als Anliegen junger Menschen dargestellt werden.

Auch wenn der Begriff „Anti-Gender“ in der Schweiz nicht weit verbreitet ist, erkannten die Studienteilnehmenden seine Implikationen aufgrund ihrer Begegnungen mit verschiedenen Anfeindungen. Anstatt den Begriff „Anti-Gender“ zu verwenden, beobachteten die Teilnehmenden einen wachsenden Widerstand gegen fortschrittliche Bewegungen wie Antirassismus, Feminismus, „Woke Culture“ sowie Queer- und Trans-Rechte, der eine breitere Opposition gegen Gleichberechtigung widerspiegelt, die oft durch das Konzept des Backlash, der antifeministischen, antiquierten und transfeindlichen Anfeindungen ausgedrückt wird.

Zu den wichtigsten Themen, die die meisten Teilnehmenden mit der „Anti-Gender“-Mobilisierung in der Schweiz in Verbindung brachten, gehörten die Ablehnung einer inklusiven Sprache, Sexualerziehung, moralische Panik in Bezug auf Trans*-Themen und Sexarbeit. Der trans-ausschliessende Feminismus wurde als eine wichtige Form der "Anti-Gender"-Politik hervorgehoben. Es wurde jedoch auch festgestellt, dass die Ziele dieser Feindseligkeiten nicht fest definiert sind, sondern sich ständig verändern. Die meisten Teilnehmenden nannten die Medien und die Politik als Hauptschauplätze für solche Mobilisierungen. Religiöse Kreise, insbesondere Evangelisten, wurden auch für ihren Widerstand gegen die Gleichstellung der Geschlechter und Bekehrungsversuche in Bezug auf sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität genannt.

Fehlinformationen haben sich als entscheidender Faktor für das Entstehen von Feindseligkeit erwiesen. Sensationsmeldungen in den Medien und in der Politik zu Themen wie Sexualerziehung oder Transgender wurden als Schlüsselfaktoren für das Schüren von Feindseligkeit und Angst selbst bei zuvor uninformierten oder neutralen Personen diskutiert. Die meisten Teilnehmenden äusserten ihre Frustration und Sorge über die Verbreitung falscher Informationen und die daraus resultierende Verunsicherung in der Öffentlichkeit. Alex bemerkte: „Ich merke immer, wenn ich sechs Monate lang nicht mit meiner Mutter über [LGBTIQ+/Trans-Themen] gesprochen habe, wie die Zeitungsdiskurse reingekommen sind“.

Einige Teilnehmende, wie z. B. Momo Regen, stellten fest, dass die Feindseligkeit gegenüber Gleichstellung und Vielfalt tiefe historische Wurzeln hat und von gesellschaftlichem und kulturellem Dissens getragen wird, während andere eine Zunahme des organisierten Widerstands gegen Gleichstellung und Vielfalt in den letzten Jahren feststellten.

Teilnehmende aus der Deutschschweiz wiesen auf eine längere Geschichte des organisierten Widerstands gegen die Gleichstellung von Frauen und Männern in diesen Regionen hin und verwiesen auf Angriffe auf die Gender Studies bereits im Jahr 2010, die sich 2015/16 intensivierten. Dies steht im Gegensatz zu den französischsprachigen Gebieten, wo solche Debatten weniger präsent zu sein scheinen. Eine Interviewperson erinnerte an die Opposition gegen die Geschlechterforschung als Beispiel für eine „Anti-Gender“-Politik, die auf das Jahr 2010 zurückgeht und von gegenseitiger Kritik zwischen der Disziplin und der rechtspopulistischen Politik geprägt war: WissenschaftlerInnen der Geschlechterforschung kritisierten die rechte Politik, die ihrerseits die Geschlechterforschung als unwissenschaftliche Disziplin und ihre WissenschaftlerInnen als abgehobene Eliten darstellte (SWIINT06). Alex wies darauf hin, dass diese Debatten von Deutschland aus in die Schweiz gelangten und sich in Diskursen über „Eliten, die Gender von oben abbauen wollen“ und „AkademikerInnen in ihrem Elfenbeinturm, die den Kontakt zur Realität verloren haben“ manifestierten.

Andere Teilnehmende bezeichneten den Frauenstreik 2019 als Wendepunkt und meinten, dass die verstärkte Sichtbarkeit von feministischen und queeren Themen eine Gegenreaktion auslöste. Die COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Verschwörungstheorien haben die „Anti-Gender“-Narrative weiter angeheizt.

Mehrere Teilnehmende bemerkten auch, dass die Kampagne zur Ehe für alle im Jahr 2021 zwar feindselige Diskurse auslöste, die gegenwärtige Feindseligkeit jedoch ohne ausführliche Debatten zum Ausdruck kommt und sich von der extremen Rechten in die politische Mitte verlagert hat. Dort ist sie **gesellschaftsfähiger geworden** und wird oft unter dem Deckmantel der Sorge um junge Menschen präsentiert. Die jüngste Kampagne der rechtsgerichteten Schweizerischen Volkspartei hat die politische Bedeutung dieser Bewegungen verdeutlicht, wie viele Teilnehmende betonten.

2. „Anti-Gender“ führte zu verstärkten Ängsten vor physischer Gewalt und erforderte erhöhte Vorsichtsmassnahmen.

Generell waren die meisten Teilnehmenden der Meinung, dass die Feindseligkeit in den letzten Jahren zugenommen hat, was sich in der Angst vor und der Erwartung von körperlicher Gewalt äussert.

Gewalttätige Angriffe **von rechtsextremen Gruppen** auf feministische oder queere Veranstaltungen sowie die feindselige Rhetorik der **maskulinistischen/Incel** Bewegungen in den sozialen Medien trugen zu einer allgemeinen Feindseligkeit gegenüber Gleichstellungsfragen bei und führten zu einer **erhöhten Angst und einem erhöhten Druck unter den Menschen, die von „Anti-Gender“ angegriffen wurden**. Wie Mo sagte:

Anlässen, bei denen ich in der Schweiz überhaupt keine Angst hatte, dass etwas passieren könnte – queere Anlässe –, gehe ich jetzt mit einem mulmigen Gefühl, z.B. an die Drag Story Time. Vor ein paar Jahren hatte ich nie das Gefühl, dass etwas passieren könnte, wenn ich an eine queere Veranstaltung ging.

In den Diskussionen wurde deutlich, dass Hasskommentare und Sicherheitsbedrohungen bei Veranstaltungen wie Pride-Paraden zunehmen, was eine verstärkte Polizeipräsenz und die Einführung von Notfallprotokollen zur Folge hat. Die wachsende Angst hat zu einem Verlust des „naiven Vertrauens“ innerhalb der Gemeinschaft geführt, wie die Berichte der Teilnehmenden über Unbehagen und die **zunehmende Erwartung von Gewalt** zeigen.

Eine andere Teilnehmerin berichtete, wie sie und Mitglieder ihres Kollektivs nach der öffentlichen Verurteilung eines kürzlich erfolgten homophoben verbalen Angriffs auf eine lesbische Journalistin¹⁰ mit Angst reagierten, wenn es an der Tür ihres Büros klingelte. Die grosse Zahl von Hass-E-Mails, die sie erhalten, lässt sie befürchten, dass die Übergriffe auch im wirklichen Leben stattfinden könnten. Wie Alex sagte: „Aber wenn der digitale Hass in kleinster Form auch einfach in physische Gewalt sich verändert, dann leben wir sehr gefährlich“.

Trotz der wachsenden Besorgnis erklärte diese Teilnehmende, dass sie sich als lesbische Cis-Frau weniger angegriffen fühle als transsexuelle und nicht-binäre Menschen. Die Erwartung von körperlicher und verbaler Gewalt wurde insbesondere von den trans Teilnehmenden besonders stark geäussert. Wie SWIINT03 es formulierte:

Es ist, als ob wir kollektiv gemeinsam durch die Dinge gehen. Aber ich persönlich erlebe es nicht sehr schlimm. Aber es belastet mich, zu wissen, dass ich es jeden Moment erleben kann.

Andere trans Teilnehmende bestätigten dieses verstärkte Gefühl der Angst und die Erwartung von Gewalt. Die „Anti-Gender“-Politik hat erhebliche Auswirkungen auf Transgender und genderdiverse Personen. Eine Teilnehmerin, Luna, betonte, dass die „Anti-Gender“-Politik oft nur als Rhetorik oder Diskurs wahrgenommen werde, während sie in Wirklichkeit weit mehr sei und als etwas betrachtet werden müsse, **das greifbare**

¹⁰ Swissinfo (2023) <https://www.swissinfo.ch/eng/society/far-right-essayist-jailed-in-switzerland-for-homophobic-remarks/48855206>, (Zugriff: 8. Juni 2024).

Auswirkungen auf das Leben von trans Menschen hat. Dies führe insbesondere zu einer höheren Prävalenz von Selbstmordgedanken und Selbstmordversuchen unter jungen trans Menschen. Eine weitere teilnehmende Person bestätigte, dass die gestiegene Sichtbarkeit von Fragen der Geschlechtsidentität das Risiko direkter Gewalt für bestimmte Gruppen erhöht hat (Urs Vanessa).

Darüber hinaus berichteten die Teilnehmenden von **gemischten Gefühlen gegenüber der Polizei**. Einige waren der Ansicht, dass die Polizeigewalt gegen feministische und sogenannte „unbewilligte Demonstrationen“ zugenommen habe. Als Beispiel wurde der feministische Streik am 8. März 2020 genannt, bei dem Demonstrierende von der Polizei mehrere Stunden lang auf einer Brücke festgehalten wurden – ohne Zugang zu Wasser oder Toiletten (Alex). Andererseits wurde bei bestimmten Veranstaltungen, wie etwa einer Gegendemonstration gegen die von Rechtsextremen angegriffene *Drag Story Time* für Kinder in Zürich, betont, dass die Anwesenheit der Polizei ein Gefühl der Sicherheit vor potenziellen Angriffen durch rechtsextreme Gruppen vermittelt habe.

3. Hass und gezielte Angriffe im Internet wurden in der Schweiz als weit verbreitet gemeldet

Die meisten Teilnehmenden berichteten, dass sie im Internet Hass und Anfeindungen ausgesetzt sind, was die bedeutende Rolle maskulinistischer Gruppen bei der Verbreitung feindseliger Rhetorik verdeutlicht – oft grenzübergreifend. Der ständige Kontakt mit Anfeindungen im Internet ist psychisch belastend und zwingt viele dazu, ihre persönliche und berufliche Online-Präsenz einzuschränken, um ihr Wohlbefinden zu schützen.

Direkte Angriffe auf Einzelpersonen und Organisationen sind an der Tagesordnung. Viele Teilnehmende erzählten, dass regelmäßig Hass-E-Mails und Drohungen an ihre persönlichen und beruflichen Konten gesendet werden. Ein Teilnehmender erwähnte, dass seine Organisation einen speziellen „Hass-Mail“-Ordner eingerichtet hat, um mit dem Zustrom an Nachrichten umzugehen (SWIFG1.6). Ein deutscher Wissenschaftler wurde sogar damit zitiert, auf seiner Website ein eigenes Postfach nur für Hass-E-Mails eingerichtet zu haben, das tatsächlich genutzt wird.

Laut den Teilnehmenden sind die meisten dieser Angriffe transphob und frauenfeindlich. Sie stellten fest, dass ein erheblicher Teil der feindseligen Rhetorik aus der Medienberichterstattung und den sozialen Netzwerken der USA, des Vereinigten Königreichs und anderer Kontexte „recycelt“ zu sein scheint.

Um die Intensität der Online-Feindseligkeit zu verdeutlichen, berichteten Teilnehmende von persönlichen Erfahrungen. Jade, eine Aktivistin, die Instagram nutzt, um auf Gewalt aufmerksam zu machen, erzählte, dass sie von rechtsextremen Männern belästigt wurde. Nachdem sie auf Fälle von sexuellem Missbrauch in einem Kulturtreffpunkt hingewiesen hatte, erhielt sie Nachrichten von weissen, cis-geschlechtlichen, heterosexuellen Männern, die ihr versicherten, dass sie diesen Treff weiterhin besuchen würden. Einige dieser Männer folgten Jades feministischen Konten, schickten ihr jedoch dennoch gewalttätige Nachrichten, sobald sie sich in ihrer Position bedroht fühlten. Jade wurde auch belästigt, nachdem sie die Pronomen *sie/ihr* auf ihrer Profilseite hinzugefügt hatte.

Die Teilnehmenden wiesen insbesondere auf **die Zunahme des Maskulinismus in sozialen Netzwerken** hin. Emmy, die mit verschiedenen Altersgruppen arbeitet, zeigte sich schockiert über die regressiven Ansichten, die junge Frauen von ihren männlichen Kollegen zu hören bekommen, wie etwa: „Frauen sollten in der Küche bleiben.“ Ihrer Meinung nach sei mehr Engagement notwendig, um diesen Ansichten entgegenzuwirken, auch wenn fehlende finanzielle Mittel und Ressourcen ein grosses Hindernis darstellen. Sam hob ebenfalls die Zunahme des ultramaskulinistischen Diskurses in sozialen Medien hervor und beschrieb ihn als eine „Blase“, die Radikalisierung in bestimmten Kreisen begünstige.

In ähnlicher Weise sprach Adèle über den ständigen Kontakt mit maskulinistischen Inhalten in sozialen Medien und betonte, dass Diskurse, die die Vergangenheit idealisieren oder die Gruppenzugehörigkeit fördern, häufig von Maskulinisten verwendet werden. Wie sie sagt, ist die Konfrontation mit diesen Inhalten fast unvermeidlich, besonders auf Plattformen wie TikTok. Alex erzählte auch, wie sie vor kurzem öffentlich über geschlechtergerechte Sprache sprach – die sie als „sehr spaltendes Thema“ bezeichnet – und danach direkte E-Mails und Nachrichten auf ihren Instagram-Account erhielt. Ein anderer Teilnehmer, SWIFG2.6, berichtete, dass er als schwule und rassifizierte Person rassistische und/oder homophobe Kommentare in sozialen Netzwerken erhält.

Die Teilnehmenden **äusserten die Befürchtung, dass sich die Online-Gewalt in die Offline-Welt übertragen könnte**, was den Stress und die Erschöpfung durch die ständige Konfrontation mit feindseligen Inhalten noch verstärkt. Diese Angst hat einige dazu veranlasst, sich aus privaten und beruflichen Online-Aktivitäten zurückzuziehen, um ihre psychische Gesundheit zu schützen.

Neben bedrohlichen, einschüchternden und diskriminierenden Inhalten beschrieben die Teilnehmenden auch **gezielte Trolling-Taktiken**, die darauf abzielen, die Energie und Zeit von Aktivist*innen aufzubrechen. SWIINT09 berichtete etwa über Trolle, die wiederholt detaillierte Fragen stellen, um Aktivist*innen zu erschöpfen und zu frustrieren. Diese Trolle nutzen die Werte der Organisationen aus, die bereit sind, zu informieren und aufzuklären, und stellen absichtlich immer wieder Fragen, um Ressourcen zu verschwenden. Während einige Teilnehmende es vermeiden, sich mit solchen Trollen einzulassen, fühlen sich andere – insbesondere in staatlichen Einrichtungen – gezwungen, zu antworten und dabei wertvolle Zeit zu verlieren.

Im Allgemeinen beschrieben die Teilnehmenden **ein zwiespältiges Verhältnis zu sozialen Medien**: Einerseits bieten sie marginalisierten Stimmen eine wichtige Plattform, um Gehör zu finden und Unterstützung zu erhalten. Luna erwähnte beispielsweise, dass Persönlichkeiten wie Anna Rosenwasser in der Schweiz ohne Instagram nicht so bekannt wären. Gleichzeitig betonte sie, dass die unpersönliche Natur von Online-Interaktionen es Menschen erleichtert, sich an Hass und Diskriminierung zu beteiligen – etwas, das sie als Transfrau regelmäßig erlebt. Sie räumte jedoch auch ein, dass sie bereits gewalttätige Angriffe auf der Strasse erfahren hat.

4. Die Allgegenwärtigkeit der „Anti-Gender“-Rhetorik: vom öffentlichen Diskurs bis zu persönlichen Interaktionen

Die von den Medien – einschliesslich Online-Plattformen – verbreitete „geschlechterfeindliche“ Rhetorik und der politische Diskurs durchdringen den Alltag. Die Teilnehmenden berichteten, dass sie in unterschiedlichen und oft unerwarteten Situationen auf Feindseligkeit stossen.

Die Teilnehmenden stimmten darin überein, dass die „geschlechterfeindliche“ Rhetorik weitaus verbreiteter ist, als die Medien es darstellen. Wie Sacha bemerkte: „Die Rechtsextremen sind einfach lauter“. Sie betonten, dass von diesen dominanten Quellen der „Anti-Gender“-Rhetorik geschlechterfeindliche Diskurse **in den Alltag eindringen** und zu unerwarteten Konfrontationen und Aggressionen führen, oft in „engen“ familiären, beruflichen oder freundschaftlichen Kreisen.

So berichtete Granaina von einem zwanglosen Mittagessen mit einer langjährigen Freundin, das zu einem kontroversen Austausch eskalierte, bei dem ihre Ansichten als persönliche und berufliche Verfechterin der Inklusivität aggressiv in Frage gestellt wurden. In ähnlicher Weise erwiesen sich Familientreffen als vorhersehbare Schlachtfelder für feindselige Diskussionen. Alex beschrieb die Schwierigkeit, feindseligen Erzählungen in ihrer Familie entgegenzutreten:

Meine Mutter zeigt inzwischen gegenüber Transmenschen eine sehr konservative Haltung oder wiederholt verstärkt auch einfach, was sie in den Medien mitbekommt und was halt in den Medien momentan steht, was vor allem trans feindlich ist und sie hat wie nicht die Bildung und die Sensibilisierung erhalten, um das als transfeindliche Berichterstattung einordnen zu können. Und es ist sogar auch schwierig für mich, ihr da irgendwie Gegenrede geben zu können, wie sie also, obwohl ich das ja eigentlich schon fast zum Beruf mache.

S.N., der in der Ballroom-Szene aktiv ist, stellte fest, dass „Anti-Gender“-Diskurse vor allem aus der Politik und den Medien kommen, die er als „bürgerliche Sphären“ bezeichnete. Seiner Ansicht nach sind die Menschen in der Ballroom-Szene oft von diesen Kreisen entfernt, erleben jedoch dennoch queer-, trans- und frauenfeindliche Anfeindungen innerhalb der Familie, in religiösen Einrichtungen und in anderen gemeinschaftlichen Interaktionen. Darüber hinaus bemerkte derselbe Teilnehmende, der einen naturwissenschaftlichen Hintergrund hat, die Präsenz von „Anti-Gender“-Diskursen auch in den Naturwissenschaften, insbesondere in der Biologie. Er berichtete, dass er regelmässig mit Aussagen von ehemaligen Studien- und Arbeitskollegen konfrontiert wird, die das binäre Geschlechtermodell im Namen der „Naturwissenschaft“ verteidigen.

Viele Teilnehmende wiesen darauf hin, dass gelegentlich auch Personen mit linken politischen Ansichten, einschliesslich selbsternannter Feministinnen, eine „Anti-Gender“-Rhetorik pflegen, insbesondere durch Diskurse, die Sexarbeiterinnen und Trans-Personen zum Opfer machen oder ihnen die Handlungsfähigkeit absprechen (Granaina). Einige Teilnehmende bezeichneten diese Personen als „reaktionäre Feministinnen“ und wiesen darauf hin, dass sie einen Anti-Sexarbeit-Diskurs und Viktimisierungsnarrative in Bezug auf Sexarbeiterinnen und Transmenschen fördern.

Zudem wurde über gezielte Angriffe innerhalb der Gemeinschaft selbst berichtet. Teilnehmende, die sich in der Sexarbeit engagieren, berichteten, dass selbst diejenigen, die in einem prekären Umfeld leben und selbst von einer „Anti-Gender“-Politik betroffen sind, feindselige Botschaften von dominanten „Anti-Gender“-Akteuren verbreiten können. SWIINT03 berichtete, dass sie miterlebte, wie eine transsexuelle Sexarbeiterin von ihren gleichgeschlechtlichen Kolleginnen und Kollegen belästigt wurde, und äusserte ihre Trauer darüber, dass „geschlechterfeindliche“ Anfeindungen innerhalb marginalisierter sozialer Gruppen reproduziert werden. Als Aktivistin betonte sie die Komplexität und Schwierigkeit der Bekämpfung der „Anti-Gender“-Politik in einem solchen Umfeld.

5. Umstrittene Kompetenz und Professionalität: Eintreten für Gleichheit und Vielfalt bei gleichzeitigem Umgang mit Feindseligkeit

*Die zunehmende Feindseligkeit gegenüber Fragen der Gleichstellung und Vielfalt hat Aktivist*innen, Forschende im Bereich der Geschlechterstudien, Beamt*innen und andere, die in diesen Bereichen tätig sind, vor grosse Herausforderungen gestellt. Die Teilnehmenden berichteten von Ermüderserscheinungen, einer verstärkten Prüfung ihres öffentlichen Erscheinungsbildes, der Notwendigkeit, eine einfachere Sprache zu verwenden, und dem Kampf gegen die negative Rahmung ihrer (bezahlten oder unbezahlten) Arbeit.*

Viele Teilnehmende erzählten, dass sie ihre Worte für öffentliche Veranstaltungen akribisch vorbereiten, da sie mögliche Angriffe vorhersehen und sich der ständigen Überwachung bewusst sind. Dieses Umfeld hat zu einer erhöhten Wachsamkeit und einem „latenten Druck“ unter den Aktivist*innen geführt. Wie SWIINT09 zum Ausdruck brachte, ist die Angst vor potenziellen Anschlägen auch dann präsent, wenn es keine direkten Vorfälle gibt:

Und es ist so schwierig, es übt immer latenten Druck aus – und darauf will ich hinaus – auf die Folgen. Das heisst, wir haben hier noch keine Angriffe auf unsere Arbeit erlebt [...] Aber wir wissen nicht, wann das sein wird.

Die weit verbreiteten Anfeindungen im Internet verursachen bei vielen Teilnehmenden erhebliche emotionale Belastungen. Eine Teilnehmerin, eine Transfrau, die sich für die Rechte von Transmenschen einsetzt, stellte ihre Fähigkeit in Frage, ihre Arbeit fortzusetzen, und überlegte, ob ein anderer Job den Stress, der durch den ständigen Online-Hass entsteht, etwas lindern könnte. SWIINT03 überlegte: „Würde es mir mehr helfen, einen normalen Job zu haben und nicht in diesem Bereich tätig zu sein? Denn dann würde ich mich nicht in soziale Netzwerke einmischen“.

Auch die negative Medienberichterstattung beeinträchtigt die Lobbyarbeit. Die Teilnehmenden sprachen von der Befürchtung, nicht gehört zu werden, sowie vom wachsenden Einfluss von „Anti-Woke“-Narrativen und Verschwörungstheorien, die die Glaubwürdigkeit der LGBTQ+-Gemeinschaft untergraben. Eine Teilnehmende (SWIINT03), die Gender-Trainings durchführt, erinnerte sich an einen Wandel im Interesse an ihrer Arbeit: es gab eine Zeit, in der das Interesse von Fachleuten an Gleichstellungs- und Diversity-Trainings zunahm, gefolgt von einer Zeit, in der der Einfluss von "Anti-Woke"-Themen deutlich wurde:

Es gab Fachleute, die zu uns kamen, die geschult werden wollten, um besser zu verstehen, um besser zu arbeiten. Und jetzt gibt es eine kleine Kehrtwende. Denn die Leute sagen sich, das ist ein Witz, das geht zu weit, die wollen uns alle ersetzen. Aber das stimmt doch gar nicht!

Die Teilnehmenden sprachen darüber, wie „Aktivismus“ negativ konnotiert werden kann und wie sie bereits bestehenden negativen Bildern ihrer Arbeit als „zu radikal“, „zu militant“ oder „unprofessionell“ entgegenwirken müssen und gezwungen sind, ihre Arbeit zu „rechtfertigen“. Abdurahman erklärte zum Beispiel, dass in seiner Vereinigung strategisch klar die Berufsbezeichnungen oder das Studienniveau der beteiligten Personen angegeben werden, um die eigene Legitimität zu beweisen und „diese Wahrnehmung, die sie von der LGBTQ+-Bewegung haben, auszuräumen“. In ähnlicher Weise teilte Manu mit, dass Sie in Schulungen betonen, dass es in Ordnung ist, Fehler zu machen, wie z. B. jemanden versehentlich falsch zu bezeichnen, um dem Diskurs „Wir dürfen nichts mehr sagen“ entgegenzuwirken.

Andere Strategien, mit denen die Aktivist*innen auf den feindseligen Diskurs reagierten, bestanden darin, ihre Sprache zu vereinfachen und ihr öffentliches Image zu kontrollieren. So haben sich beispielsweise einige Teilnehmende von Bildungsprojekten dafür entschieden, „weniger militant“ aufzutreten, um Rückschläge zu vermeiden. Sacha beschrieb ihre Organisation als „politisch engagiert“, aber nicht „militant“, um Rückschläge und mögliche finanzielle Kürzungen zu vermeiden. In ähnlicher Weise fügte Adèle hinzu:

Aber das ist, wie ich finde, die ganze Dimension zwischen Fantasie und Realität. Es gibt eine Menge Fantasie über das, was vor sich geht, und ich höre regelmässig, wenn auch nicht immer, auf den Konferenzen oder Fortbildungskursen, die ich für Fachleute gebe, viele Leute sagen: „Aber in Wirklichkeit ist es überhaupt nicht militant, es ist sehr massvoll, was ihr da bringt“. Aber das ist die Realität. Aber wenn ich dann den Leuten erkläre, dass es im Durchschnitt 22 Monate dauert, bis sie eine endokrinologische Behandlung bekommen, weil das der Durchschnitt in der französischen Schweiz ist, sagen sie [die Zuhörer]: „Aber das ist doch in Ordnung“.

Eine andere Teilnehmerin (SWIINT06), die sich mit Geschlechterforschung beschäftigt, vermeidet Begriffe, die starke Reaktionen auslösen könnten (z. B. „Patriarchat“), da sie weiss, dass solche Begriffe wahrscheinlich aufgegriffen werden und zu starken negativen Reaktionen führen können. Im Gegensatz zu anderen Wissenschaften ist sie der Meinung, dass die Geschlechterforschung „immer angreifbar“ ist, weil die Leute nicht verstehen, worum es geht, oder meinen, schon alles zu wissen, und weil jede kritische

Auseinandersetzung mit Machtstrukturen als „ideologisch“ abqualifiziert werden kann. Sie befürchtete, dass sogar ihre Forschung als „ideologisch“ disqualifiziert werden könnte, insbesondere wenn sie mit ihrem politischen Engagement in Verbindung steht, und vermied es daher aktiv, Inhalte zu ihrer Forschung auf ihren politischen Kanälen zu posten, um zu vermeiden, dass ihr politisches Engagement missbraucht wird, um ihre akademische Arbeit zu untergraben.

Lorena berichtete auch von einer kürzlichen Kontroverse, die dazu führte, dass sie **mögliche Auswirkungen auf die Finanzierung ihres Vereins befürchtete**. Eine Jazzvereinigung hatte eine Jam-Session nur für Frauen organisiert, die mit rechtsextremen Angriffen und Medienberichten konfrontiert war, was zu politischen Versuchen führte, die Finanzierung der Vereinigung „neu zu diskutieren“. Sie war verärgert darüber, dass sich der Diskurs auf das Gefühl der Ausgrenzung von Männern konzentrierte und nicht auf die positiven Auswirkungen der Veranstaltung auf die Teilnehmerinnen, und dass die Angst, die Finanzierung zu verlieren, die Diskussion beherrschte.

Akademiker*innen sprachen auch davon, dass sie ihre Worte bei öffentlichen Auftritten sorgfältig abwägen, da sie mit einer Welle von Hass oder harscher Kritik rechnen. Darüber hinaus wiesen die Teilnehmende auf die mangelnde Unterstützung der Universitäten beim Schutz einzelner Wissenschaftler*innen vor politischen Angriffen hin, wie Momo Regen bemerkte, und auf die akademische Freiheit im Allgemeinen.

6. Eine „geschlechterfeindliche“ Politik erschwert Verbündete und behindert komplexe Diskussionen

Eine feindselige „Anti-Gender“-Rhetorik erschwert den Aktivismus, fördert Spaltungen und behindert sinnvolle Diskussionen in den betroffenen Gemeinschaften.

Die Teilnehmenden betonten, dass ein Klima, in dem die Opposition zu Gender- und Diversity-Themen immer deutlicher wird, Aktivismus und Verbündete erschwert, während die Fortsetzung des Aktivismus ein höheres Mass an Engagement erfordert. Es wurde angedeutet, dass einige den Aktivismus ganz aufgeben, weil sie das Gefühl haben, dass ihre Bemühungen gegen die Opposition, die sie als stärker einschätzen, vergeblich sind, was bedeutet, dass diejenigen, die weitermachen, möglicherweise längere Pausen einlegen müssen, um den Aktivismus aufrechtzuerhalten.

Aktivist*innen in einigen Gemeinschaften, wie z. B. in intersexuellen Gemeinschaften, fühlen sich besonders betroffen. Wie Urs Vanessa beschrieb, ist der langwierige Kampf gegen die allgegenwärtige Feindseligkeit frustrierend, und der Fortschritt erscheint oft langsam und unbedeutend. Sie drückten ihr Gefühl der Entmutigung aus, als sie von der Entscheidung des Parlaments im letzten Winter erfuhren, einen Gesetzentwurf abzulehnen, der intersexuelle Kinder besser vor ungewollten Operationen schützen sollte: ¹¹

Und wenn man in der Gemeinschaft aktiv ist und für Rechte kämpft, ist es ein enorm langer Kampf gegen Windmühlen.¹² Enorm frustrierend. Mit sehr, sehr, sehr, sehr kleinen Schritten vorwärts. Und es gibt eine Menge Leute, die deswegen mit dem Aktivismus aufhören, weil es nichts nützt, was kann ich tun, sie sind einfach stärker. Und die Leute, die es durchziehen wie

¹¹ Informationen zum Parlamentsbeschluss über den Antrag "Verbesserung der Behandlung von Kindern, die mit einer Abweichung der Geschlechtsentwicklung (DSD) geboren wurden" sind abrufbar unter

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20233967>

¹² Im Deutschen ist "Kampf gegen Windmühlen" ein Ausdruck, der endlose Kämpfe mit wenig Erfolg beschreibt (da sich die Windmühlen trotz aller Bemühungen weiter bewegen).

ich, die leiden auch. Und die letzten zwei Jahre [...] davor musste ich nicht, die letzten zwei Jahre musste ich jedes Jahr zwei Monate Urlaub nehmen, damit ich weitermachen konnte.

Neben der Müdigkeit und der emotionalen Erschöpfung wurde auch die Angst vor Gegenreaktionen als belastend empfunden. Von den Aktivist*innen wurde auch angemerkt, dass die **Angst vor Gegenreaktionen** zu Spannungen in LGBTIQ+-Kreisen führt. Einige LGB-Personen distanzieren sich von trans- und nicht-binären Minderheiten, weil sie befürchten, dass die Gegenreaktionen gegen diese Gruppen auch sie betreffen könnten. Wie Jade sagte, führt dieses „nicht zu viel behaupten“-Narrativ zu einer Zurückhaltung, sich für Rechte stark zu machen, wodurch interne Spaltungen aufrechterhalten und kollektive Bemühungen geschwächt werden:

In Wirklichkeit ist es eine Angst. Da trans Menschen mehr Opfer sind, als wenn wir uns mit ihnen assoziieren, werden wir auch mehr Opfer sein.

Andere Teilnehmende stellten fest, dass es in einigen Kreisen transsexuelle LGB-Personen gibt und dass ihre Organisationen mit der Forderung konfrontiert sind, transsexuelle Themen von ihren Agenden auszuschliessen. In ähnlicher Weise wies SWIINT03 auf die ihrer Meinung nach mangelnde Unterstützung für Transgender-Personen und -Kollektive durch früher ebenfalls marginalisierte Gruppen hin:

Die Menschen wollen nicht mehr mit Problemen in Verbindung gebracht werden, insbesondere schwule Männer, die es weit gebracht haben. Es stimmt, dass sich ihre Situation weit entwickelt hat, sie fühlen sich ein wenig wohler, sind ein wenig mehr in die Gesellschaft integriert, und es ist immer weniger ein Problem an sich [...] weniger ein Problem im Vergleich zu einer Trans-Person, verstehen Sie?

Eine weitere negative Auswirkung des feindseligen „Anti-Gender“-Diskurses besteht darin, dass er geschlechtsspezifische Themen oft zu stark vereinfacht, was **eine differenzierte Diskussion erschwert**. S.N. sagte zum Beispiel, dass es schwierig ist, Themen wie Bedauern und Dysphorie nach dem Übergang innerhalb der Trans-Gemeinschaft anzusprechen, da sie befürchtet, in „Anti-Gender“-Narrativen zu landen.

Du kannst zum jetzigen Zeitpunkt mit all deinem Wissen, deinen Emotionen, deiner Wahrnehmung eine Entscheidung treffen. Und du kannst sie bereuen. Und das ist okay. Und Reue ist auch nicht so ein furchtbar schlimmes Gefühl. So kann es sehr belastend sein. Natürlich. Aber das ist nicht das Ende von allem. Und wir erleben Reue täglich. Sie ist ein Gefühl, mit dem wir uns gut befassen können in der Gesellschaft. Und über das können wir uns gar nicht unterhalten. Das dient auch wieder dieser Anti-Gender-Theorie oder das, dass man Transmenschen dazu zwingen kann, die richtige Entscheidung zu treffen.

In ähnlicher Weise erschwert die Fokussierung auf die körperliche Dimension von Geschlecht durch „Anti-Gender“-Bewegungen die Diskussion über das komplexe Zusammenspiel von Geschlechtsidentität und -ausdruck, da diese Diskussionen Gefahr laufen, von feindlichen Gruppen als Waffe eingesetzt zu werden.

Andere Teilnehmende wiesen auf Spaltungen innerhalb der feministischen Gemeinschaft hin, die im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des neuen Gleichstellungsgesetzes in Basel besonders deutlich wurden. Die Aufnahme von LGBTIQ+-Themen in das neue Gesetz löste in einigen Ecken der feministischen Bewegung heftige Reaktionen aus – einige befürchteten eine Verwässerung der begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen für wichtige Themen wie die Lohngleichheit, während einige trans-ausgrenzende Diskurse ebenfalls stark mobilisiert wurden. Mehrere Teilnehmende erwähnten, dass die Versuche eines Dialogs von Anfang an gescheitert seien, da die Diskussion sich schnell polarisierte. Die anschliessenden Diskussionen in der Kommission stellten jedoch eine wertvolle Lernerfahrung dar: Es wurde deutlich, dass

eine gut informierte, differenzierte Diskussion, die durch Vertraulichkeitsregeln vor der Aufmerksamkeit der Medien geschützt ist, zu konstruktiven Ergebnissen führen kann. Eine Teilnehmende fügte insbesondere hinzu, dass man nicht davon ausgehen dürfe, dass die Gegner das gleiche Wissen hätten wie die Befürworter, und dass die Bereitschaft zur Aufklärung vorhanden sein müsse.

7. Die Teilnehmenden deckten die Auswirkungen von Fehlinformationen in den Medien auf

Die Auswirkungen von Fehlinformationen und Manipulation in den Medien waren ein zentrales Thema der Untersuchung. Den Teilnehmenden zufolge dienen die Medien, einschliesslich der sozialen Medien, als eines der Hauptinstrumente für die Verbreitung einer „geschlechterfeindlichen“ Rhetorik.

Fehlinformationen und Manipulationen in den Medien, insbesondere in den sozialen Medien, haben sich als zentrale Themen in der Diskussion um „Anti-Gender“ herausgestellt. Die Teilnehmenden teilten persönliche Erfahrungen und beleuchteten die Auswirkungen einer voreingenommenen Medienberichterstattung auf Trans-, Intersex- und queere Gemeinschaften. Sacha sprach über journalistische Verantwortung und Transphobie. Sie wies auf Probleme im Journalismus hin und nannte Beispiele von Transphobie, die als „Wahrheitsfindung“ getarnt wurde. Einige Teilnehmende waren verärgert, als sie sahen, wie einige Journalist*innen darauf bestanden, offenzulegen, ob ein Interviewpartner*innen cisgender oder transgender ist, unabhängig davon, ob dies für das jeweilige Thema relevant ist. Diese Praxis, so Sacha, unterstreicht eine schädliche Besessenheit von der Geschlechtsidentität, die vom eigentlichen Diskurs ablenkt.

Mehrere Teilnehmende berichteten, dass der Umgang mit Fehlinformationen in den Medien für sie ein persönlicher Kampf sei. Marianne reflektierte darüber, wie weit verbreitet Fehlinformationen sind und welche Auswirkungen sie selbst auf die Menschen haben, die sie am meisten unterstützen. Sie bemerkte dazu:

Ich merke an mir selbst, dass ich immer wieder dagegen ankämpfen muss, auf diesen Zeitgeist¹³ hereinzufallen, damit ich nicht selbst in Zweifel gerate. Und weil ich viele trans Menschen und ihre Geschichten kenne, kann ich mich selbst beruhigen. Aber ich verstehe, dass Menschen ohne persönliche Erfahrung mit dem Thema in ihrer Meinung verunsichert werden können.

Sie betonte die Notwendigkeit einer ständigen Wachsamkeit gegenüber diesem Zeitgeist, um nicht in Zweifel zu geraten, insbesondere für diejenigen, die keine persönlichen Verbindungen zur Trans-Community haben.

Urs Vanessa sprach aus der Perspektive einer intersexuellen Person über die schlechte Qualität der Medienberichterstattung. Ihre Beiträge zu einer Fernsehdokumentation wurden stark bearbeitet, was zu Kritik seitens der intersexuellen Gemeinschaft führte und die mangelnde Sichtbarkeit intersexueller Menschen noch verschärfte. In ähnlicher Weise äusserte Marius seine Frustration über den Umgang der Medien mit ihren Beiträgen. Er merkte an, dass die schnelle Bearbeitung oft zu erheblichen Kürzungen führt, die die beabsichtigte Botschaft verändern.

Ein weiteres Beispiel für Medienmanipulation, das in der Diskussion thematisiert wurde, betraf die Abteilung Gender Studies in Basel. Ein von Forschenden organisierter Workshop über Sexspielzeuge wurde von einer Lokalzeitung sensationell aufgegriffen, was rechtsextreme Beschwerden über die vermeintliche Verschwendung öffentlicher Gelder auslöste. Dies zwang die beteiligten Professor*innen, ihre Arbeit öffentlich zu rechtfertigen. (Alex). Alex bemerkte, wie aus einer einzigen Veranstaltung eine Art „Anti-Gender“-

¹³ Der Begriff Zeitgeist bezieht sich auf das vorherrschende kulturelle, intellektuelle und moralische Klima einer bestimmten historischen Periode. Er umfasst die vorherrschenden Ideen, Überzeugungen und Werte, die die soziale und kulturelle Landschaft dieser Zeit prägen und gestalten.

Argument gemacht wurde, das die Gender Studies absichtlich untergrub, weil sie „das Geld der Leute für solche Dinge verwenden“.

Eine andere Teilnehmerin, Valentina, äusserte die Befürchtung, dass Fehlinformationen und die Manipulation der öffentlichen Meinung durch „Anti-Gender“-Akteure schutzbedürftigen Gruppen, insbesondere LGBTIQ+-Asylsuchenden, weiter schaden könnten. Die Teilnehmerin befürchtete, dass sie aufgrund von Haushaltskürzungen und einer geschlechtsspezifischen und rassistischen Rhetorik mit einer strengeren Prüfung und weniger Unterstützung konfrontiert werden könnten, was die wirtschaftliche Unsicherheit in der Öffentlichkeit verstärken und somit queere Asylsuchende als finanzielle Belastung darstellen könnte.

8. Der schwere Tribut der negativen Medienberichterstattung an die Diskurse und Themen der Aktivist*innen

*Aktivist*innen in der Schweiz stehen vor grossen Herausforderungen, da die öffentliche Diskussion von „Anti-Gender“-Narrativen durchdrungen ist. Sie sind gezwungen, mit Fehlinformationen über ihre Themen umzugehen und gleichzeitig die Fehlinformationen zu bekämpfen, während sie an ihren Kernthemen festhalten.*

Die negative Berichterstattung über bestimmte Themen stellt eine erhebliche Belastung für Gleichstellungsaktivist*innen in der Schweiz dar. Die Teilnehmenden stellten fest, dass die „Anti-Gender“-Rhetorik die Diskussionen über spezifische Themen wie trans- und nicht-binäre Identitäten, Sexualerziehung, geschlechtsspezifische Sprache und das Geschlecht an sich gesättigt hat. Diese Übersättigung zehrt an den Ressourcen und der Energie der Aktivist*innen und lenkt die Aufmerksamkeit von anderen wichtigen Themen ab.

Aktivist*innen, die sich für Sexualerziehung in Schulen einsetzen, sind besonders frustriert über die Folgen der „Anti-Gender“-Rhetorik. Sie sehen sich dem Widerstand von selbsternannten „besorgten Eltern“, parlamentarischen Interventionen,¹⁴ und Aktionen von Anti-Sexualerziehungsgruppen gegenüber. Eine Teilnehmerin aus der französischsprachigen Schweiz berichtete, dass diese Bemühungen sogar bis hin zu rechtlichen Schritten reichen, wie z. B. eine kürzlich eingereichte Strafanzeige wegen „Anstiftung von Kindern zu sexuellen Handlungen“, die gegen Pädagog*innen im Zusammenhang mit einer Broschüre zur Sexualerziehung eingereicht wurde (SWIINT09). Sie wies darauf hin, dass die Klage letztlich fallen gelassen wurde und dass die Organisation sich dafür entschied, die betroffenen Erzieher*innen zu schützen, indem sie sie aus dem Rampenlicht heraushielten und sich in dieser Angelegenheit zurückhielten.

Aufgrund des verstärkten Fokus auf Sexualerziehung in den Medien und im politischen Diskurs fühlen sich Pädagog*innen und Organisationen, die Sexualerziehung beaufsichtigen, unter Druck gesetzt. Dieser Druck führt zu Sorgen um die Sicherung der Finanzierung und veranlasst einige Pädagog*innen zur Selbstzensur, um Konflikte zu vermeiden. So vermeiden es Pädagog*innen häufig, Themen wie „Geschlechtsteile“, Masturbation und Gender zu erwähnen, um Gegenreaktionen von religiösen und konservativen Gruppen zu vermeiden. So erklärte SWIINT09:

Normalerweise gibt es zwei Themen: Es ist unvorstellbar, in einem Sexualkundeunterricht über Masturbation zu sprechen [...]. Das ist der eine Punkt. Und der zweite Punkt hat mit dem Geschlecht zu tun. [...] Diese Bewegungen greifen beide Themen auf dieselbe Weise an.

¹⁴ Bitte besuchen Sie <https://theresistproject.eu/what-we-have-found/>, um die Ergebnisse der RESIST-Fallstudie für die Schweiz zu sehen, einschliesslich der Analyse der Parlamentsdebatten.

Die Befragte stellte fest, dass der Widerstand oft von verschiedenen religiösen und konservativen Gruppen ausgeht, was zu heterogenen „Anti-Gender“-Diskursen führt.

SWIINT09, die Fachleute zu LGBTIQ+-Themen schult, stellte fest, dass bei ihren Schulungen für erwachsene Fachleute zur Gleichstellung der Geschlechter häufig Widerstand gegen Sexualerziehung aufkommt. Sie treffen oft auf Teilnehmer, die sagen: „Ich stimme Ihnen zu, aber ich denke nicht, dass Kindern das beigebracht werden sollte“. Darüber hinaus wird in Schulungsanfragen manchmal darum gebeten, das LGBTIQ+-Thema innerhalb breiterer Themen wie allgemeiner Diskriminierung zu verwässern, um es für das Publikum akzeptabler zu machen.

Die geschlechtergerechte Sprache ist ein weiteres häufiges Ziel des „Anti-Gender“-Diskurses. Die Übersättigung mit Kritik hat dazu geführt, dass einige Fördereinrichtungen deren Ausschluss in Projektvorschlägen fordern. Abdurahman aus SWIINT05 berichtete, dass eine Fördereinrichtung die Antragsteller*innen ausdrücklich aufforderte, keine inklusive Sprache zu verwenden, und sich dabei auf Bedenken hinsichtlich der Verständlichkeit und der Übereinstimmung mit der Haltung der französischen Akademie berief. Diese Bedingung wurde als diskriminierend und hinderlich für Vorschläge, die geschlechtliche Minderheiten einbeziehen, empfunden und führte zu Unsicherheit über das weitere Vorgehen.

9. Transsexuelle und geschlechtlich heterogene Menschen sind am stärksten von „Anti-Gender“ betroffen

Die „Anti-Gender“-Rhetorik hat erhebliche Auswirkungen auf transsexuelle, non-binäre und gender-diverse Menschen, was zu akzeptierten, feindseligen Diskursen und erhöhter Angst und Dringlichkeit beim Zugang zu geschlechtsangleichenden Behandlungen führt.

Die Teilnehmenden wiesen darauf hin, dass die Medienberichterstattung über Trans*-Themen seit der Pandemie immer negativer geworden sei und sich auf Transition und andere negative Themen konzentriere. Diese Sichtbarkeit fördere Stereotypen und vorgefasste Meinungen. Wie ein Teilnehmer, S.N., bemerkte:

Ich denke, die erhöhte Sichtbarkeit [...] hat den Vorteil, dass sich mehr Menschen etwas unter dem Begriff trans vorstellen können. Der Nachteil ist, dass es mehr Stereotypen und mehr vorgefasste Meinungen gibt. Es heißt nicht mehr einfach „Ich nehme dich so wahr, wie du bist, und das ist einfach seltsam“, sondern „Siehst du, du bist trans und deshalb bist du x, y, z“.

Die Teilnehmenden der SWIFG2 kritisierten vor allem die sensationslüsterne Berichterstattung über die Detransition, die häufig Beiträge von Gender-Fachleuten ausklammert und zu einer falsch informierten öffentlichen Meinung führt. Sensationsmache als Taktik nutzt polarisierende Themen aus und verkauft sie einer uninformierten Öffentlichkeit als verlässlich.

Feindselige Mediendiskurse wirken sich auf das tägliche Leben und das Wohlbefinden von Trans-Personen aus. Eine transsexuelle Teilnehmerin berichtete von der emotionalen Belastung durch transphobe Debatten im Fernsehen, die sie dazu veranlasste, sich beraten zu lassen. Sie erläuterte, wie die Negativität in den Medien sie vorsichtiger machte, wenn es darum ging, ihre Trans-Identität offenzulegen, und sie dazu zwang, ein cis-ähnliches Aussehen anzunehmen, um Gefahren zu vermeiden, was ihr Leben zusätzlich belastete (SWIINT03). Sie sagte, sie habe immer geglaubt, dass sie von solchen Debatten nicht betroffen sei, und dass es wichtig sei, sich bewusst zu machen, wie sehr dies ihr emotionales Wohlbefinden beeinträchtigte.

Selbst diejenigen, die keinen direkten Missbrauch erlebt haben, berichten von einem allgegenwärtigen Gefühl der Unsicherheit und der Sorge über mögliche transphobe Begegnungen. Diese „psychische Belastung der Gemeinschaft“ beeinträchtigt das allgemeine Wohlbefinden von Trans-Personen.

Mehrere Teilnehmende sprachen auch den Druck innerhalb der Gemeinschaft als Auswirkung der „Anti-Gender“-Problematik an. Ein Trans-Aktivist merkte beispielsweise an, dass negative Diskurse die Trans-Gemeinschaft unter Druck setzen, sich bestimmten Identitäten anzupassen, was zu Spaltungen zwischen „sichtbaren“ und „weniger sichtbaren“ Mitgliedern führt. Diese Spaltung führt manchmal zu einer „Romantisierung der Marginalisierung“, bei der diejenigen, die sich vollständig medizinisch umwandeln, als Komplizen des Systems kritisiert werden, obwohl sie das Recht haben, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Mit den Worten eines Teilnehmers, S.N.:

Und ich denke, es [‘Anti-Gender’] hat diesen Einfluss, dass man innerhalb der Trans-Gemeinschaft wieder in eine Box passen muss [...] Ich denke, das führt zu Spannungen. [...] Wer ist dann sichtbar? Ist man sichtbar und leidet daher offen unter dieser Anti-Gender-Debatte, oder ist man vielleicht ein Passant [...] und leidet nicht darunter.

Die Teilnehmenden stellten fest, dass feindselige Äusserungen akzeptierter geworden sind. Alex wies darauf hin, dass zwar einige sexistische Äusserungen weniger toleriert werden, dass aber Angriffe auf transsexuelle Menschen an der Tagesordnung sind, insbesondere von rechtsextremen Politiker*innen und Medien. Entmenschlichende Narrative gegen Trans-Personen sind jetzt „sagbar“, wie sie sagte, und spiegeln eine beunruhigende Veränderung der gesellschaftlichen Einstellungen wider.

Die Teilnehmenden hoben auch das Gefühl der Dringlichkeit in Bezug auf geschlechtsspezifische Gesundheitsversorgung als eine weitere negative Auswirkung des „Anti-Gender“-Klimas hervor. Dieses Klima hat bei Trans-Personen die Angst verstärkt, den Zugang zu geschlechtsangleichender Versorgung zu verlieren, was zu erhöhtem Stress und einem Druck führt, medizinische Verfahren möglichst schnell in Anspruch zu nehmen, bevor diese möglicherweise nicht mehr zugänglich oder erstattungsfähig sind. Valentina, die Sozialberatung für LGBTIQ+-Personen anbietet, hat festgestellt, dass sich einige Trans-Personen unter Druck gesetzt fühlen, schnell zu handeln, da sie befürchten, dass geschlechtsangleichende Behandlungen bald eingeschränkt oder vom Gesundheitssystem nicht mehr erstattet werden könnten.

Gleichzeitig merkte Marianne an, dass unter den Fachleuten, die mit jungen Menschen arbeiten, insbesondere in Schulen und in der Sozialarbeit, ein Umdenken zu beobachten ist. Queerness ist heute ein wichtiges Thema, aber die jüngste negative Medienberichterstattung über trans-affirmative Betreuung hat zu einer zunehmenden Unsicherheit darüber geführt, wie der richtige professionelle Umgang mit trans- und nicht-binären Jugendlichen aussehen sollte, insbesondere bei Psycholog*innen. Sie beobachtet eine Entwicklung von direkter Akzeptanz hin zu Skepsis, mit häufigen Beschwerden über die mangelnde Beteiligung der Eltern.

10. Umgang mit Feindseligkeiten: Strategien von Gleichstellungsaktivist*innen

*Angesichts zunehmender Anfeindungen setzen Gleichstellungsaktivist*innen in der Schweiz auf verschiedene Strategien, um persönliche und berufliche Herausforderungen zu bewältigen. Ihre Ansätze betonen Solidarität, Koalitionsbildung und pragmatische Antworten auf Widerstände.*

Die Teilnehmenden betonten die Bedeutung der gemeinschaftlichen Solidarität als entscheidende Reaktion auf ein feindseliges Klima. Dies ist besonders wichtig für kleinere Gruppen wie intersexuelle Organisationen. Eine einheitliche Unterstützung, wenn man sich an die Medien wendet, ist unerlässlich (Urs Vanessa). Ein anderer Teilnehmer betonte die Rolle der Gruppenarbeit in den sozialen Medien, um zu verhindern, dass einzelne Personen ins Visier genommen werden, und so die Mitglieder zu schützen und eine einheitliche Front aufrechtzuerhalten (SWIINT06).

Die Bildung politischer Allianzen mit unterstützenden Politiker*innen ist von entscheidender Bedeutung für die Beeinflussung von Gesetzgebungsergebnissen. Die Teilnehmenden nannten Beispiele aus Genf, wo sich Allianzen erfolgreich gegen Vorschläge zur Aufhebung von Gleichstellungsgesetzen oder zur Einschränkung der Gesundheitsversorgung für transsexuelle Jugendliche eingesetzt haben. Eine Teilnehmende merkte an, dass die „Anti-Gender“-Rhetorik einiger Politiker*innen oft eher strategisch als echt sei, was darauf hindeute, dass selbst mit konservativen Parteien Brücken geschlagen werden können (SWIINT06).

Bewusstseinsbildung und Entmystifizierung von Anti-Woke- und Anti-Trans-Themen wurden als wirksame Strategien angesehen. Öffentliche Plattformen wie Festivals wurden gegenüber Einzelgesprächen bevorzugt (SWIFG4). Ein Teilnehmer, der sich mit Maskulinität beschäftigt, betonte, wie wichtig es sei, heterosexuelle Männer gleichen Geschlechts, insbesondere solche in einflussreichen Positionen, darin zu schulen, Empathie zu entwickeln und Gender-Themen zu unterstützen (Gilles). Die Förderung des Dialogs zwischen den Generationen kann eine Brücke des Verständnisses sein. Eine Teilnehmerin berichtete von einem produktiven Austausch mit einer älteren Feministin, die anfangs Vorurteile gegenüber Trans-Personen hatte, aber schliesslich ihre Ansichten überdachte (Luna).

Trotz der Risiken, die mit ihrer Nutzung verbunden sind, wurden die sozialen Medien als wichtig für die Aufklärung und Unterstützung diskutiert. Eine Teilnehmerin postet regelmässig Beiträge zu Trans-Themen, in denen sie Konzepte erklärt und auf Bedenken sowohl der Trans-Gemeinschaft als auch ihrer Familien eingeht. Als sich einige Cis-Frauen durch die in Diskussionen über Trans-Schwangerschaften (Gebährende) verwendeten Begriffe ausgeschlossen fühlten, erklärte eine Teilnehmerin die Bedeutung einer inklusiven Sprache und betonte, dass diese Begriffe nicht ausgrenzend, sondern inklusiv für alle Menschen sind, die Kinder austragen (Tani).

Mehrere Teilnehmende schlugen vor, Begriffe wie „Gender“ zu überdenken oder neu zu definieren, um negativen Konnotationen entgegenzuwirken. Sie schlugen vor, den Diskurs auf die Menschenrechte auszurichten und den Grundsatz „Menschen leben lassen“ zu betonen. Ziel ist es, die Menschen mit dem Wissen und der Sprache auszustatten, die sie benötigen, um Entscheidungen im Bereich der Menschenrechte zu unterstützen (S.N.).

Zum Schutz der psychischen Gesundheit betonten die Teilnehmenden, wie wichtig es ist, die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Leben zu wahren. Eine Teilnehmerin betonte die Notwendigkeit professioneller Richtlinien zum Schutz persönlicher Informationen und des emotionalen Wohlbefindens angesichts von Anfeindungen. Sie vermeidet es, persönliche Kontaktdaten weiterzugeben, und hält ihr Privatleben von ihrer Arbeit getrennt, wobei sie von unterstützenden Menschen umgeben ist (SWIINT09).

Die Teilnehmenden schlugen vor, nach kulturellen Kontexten zu suchen, die das Geschlecht fließender betrachten und es mit anderen sozialen Ungerechtigkeiten wie Rassismus, Behindertenfeindlichkeit und Klassismus verbinden. Zum Beispiel bieten die Ballsaal-Szene und Traditionen aus dem Judentum und den Kulturen der amerikanischen Ureinwohner wertvolle Perspektiven auf die Geschlechtsidentität (S.N.; Tani).

Trotz der Herausforderungen betonten die Teilnehmenden, wie wichtig es sei, sich nicht von der „Anti-Gender“-Bewegung an den Rand drängen zu lassen. Die Fortsetzung ihrer Arbeit, insbesondere auf politischer Ebene, und die Sicherstellung kollegialer Unterstützung wurden als entscheidend angesehen. Sie betonten die Notwendigkeit, sachlich zu bleiben und Argumenten objektiv zu begegnen, wobei sie Information und Bildung als Schlüsselstrategien ansahen, auch angesichts ständiger Widerstände (Urs Vanessa; Tani; SMO). Wie Urs Vanessa sagte:

Die Frage ist immer nur: wie stark lassen wir diese Bewegung werden und wann fangen wir an, mit sachlichen Argumenten dagegenzuhalten, also Thesen, die von diesen, von dieser

Bewegung aufgestellt werden. Das sind ja nur, das sind nicht fundierte Aussagen. Diese Bewegung ist nicht fundiert, die ist nur zu einem kleinen Teil fundiert von Leuten, die... Die meisten Leute sind einfach dagegen, weil sie dagegen sind. [...] Und dann fangen sie an mit irgendwelchen Argumenten und dann musst du jedes Argument, das sie bringen, Kraft deines Wissens und ?? und sachlich und fundiert vor allem widerlegen.

In diesen Gesprächen wird deutlich, dass Gleichstellungsaktivist*innen in der Schweiz eine Vielzahl von Strategien anwenden, um Feindseligkeiten zu überwinden. Indem sie sich solidarisieren, politische Allianzen bilden und persönliche Grenzen wahren, setzen sie sich inmitten wachsender Widerstände weiterhin für die Gleichstellung der Geschlechter und die Menschenrechte ein.

Fazit

Die Teilnehmenden berichteten detailliert über vielfältige und allgegenwärtige Begegnungen mit „geschlechterfeindlicher“ Politik. Im Allgemeinen wird die „geschlechterfeindliche“ Politik mit Rechtspopulismus – dem „Recycling“ transnational zirkulierender Diskurse – in Verbindung gebracht und als allgemeine Opposition zu progressiven Themen gesehen, die über die extreme Rechte hinausgeht, zum Beispiel bei transsexuellen Feministinnen. Generell gaben die Teilnehmende an, dass die „Anti-Gender“-Rhetorik, obwohl sie vor allem in den Medien und in der Politik vorherrscht, **in den Alltag eindringt und zu unerwarteten Konfrontationen und Aggressionen führt.**

Die Teilnehmenden berichteten über zunehmende **Ängste hinsichtlich der physischen Sicherheit bei öffentlichen Veranstaltungen** wie Pride-Paraden, wobei einige Queer-Organisationen sogar Notfallprotokolle für den Fall von Gewalt erörterten. On- und Offline-Belästigungen, einschliesslich Hassbotschaften, waren an der Tagesordnung. Die meisten Teilnehmende haben Hassnachrichten auf ihren beruflichen und privaten Konten erhalten, und es besteht die weit verbreitete **Angst, dass Online-Hass in Offline-Gewalt umschlägt.**

Es wurde darauf hingewiesen, dass sich die „Anti-Gender“-Politik in der Schweiz oft auf Themen wie trans- und non-binäre Menschen, Sexualerziehung und gendergerechte Sprache konzentriert. Dies setzt Gleichstellungsaktivist*innen unter Druck und setzt bestimmte Gruppen einem erhöhten Risiko aus. **Transgender und gender-diverse Personen sind insbesondere einem höheren Risiko körperlicher Gewalt ausgesetzt.** Als Reaktion darauf fühlen sich einige Teilnehmende unter Druck gesetzt, ein cis-passendes Erscheinungsbild anzunehmen, um das Risiko transphober Begegnungen zu verringern. Es besteht auch die Angst, aufgrund möglicher politischer Änderungen den Zugang zu medizinischer Versorgung zu verlieren, was für einige ein Gefühl der Dringlichkeit erzeugt, sich medizinischen Verfahren zu unterziehen, bevor diese eingeschränkt oder finanziell unzugänglich werden.

Feindselige Diskurse sind in das berufliche Umfeld eingedrungen, was zu Spannungen in LGBTIQ+-Kreisen führt und komplexe Diskussionen über geschlechtsbezogene Themen behindert. Die ständige Konfrontation mit einem feindseligen Umfeld und die Notwendigkeit, sich darin zurechtzufinden, haben die psychische Gesundheit von Gleichstellungsaktivist*innen beeinträchtigt und zu erhöhter Angst und Stress geführt. Viele berichteten von Burnout-Gefühlen aufgrund der unbändigen Art ihrer Arbeit und der ständigen Anfeindungen sowie von der Notwendigkeit, Arbeitspausen einzulegen, um durchzuhalten. Um Anfeindungen zu vermeiden, greifen viele zur Selbstzensur und vermeiden bestimmte Themen oder Äusserungen ihrer Identität in der Öffentlichkeit und im beruflichen Umfeld.

Zu den wirksamen Widerstandsstrategien gegen die „geschlechterfeindliche“ Rhetorik gehören die Bildung politischer Allianzen, die Förderung von Freundschaften und Kooperationen innerhalb von Gemeinschaften, Bildung, das Überdenken von Schlüsselkonzepten wie „Geschlecht“ und deren Auswirkungen auf die

Lobbyarbeit, die Suche nach unterstützenden kulturellen Kontexten und die Priorisierung von Selbstfürsorge und sicheren Räumen.

Profile der Befragten

Wir baten die 31 Teilnehmenden, ein freiwilliges demografisches Formular mit offenen Textfeldern für jede Variable auszufüllen. 26 Teilnehmende füllten ihre freiwilligen demografischen Formulare aus, während 5 anderen die Fragen direkt während der Interviews gestellt wurden. Um vielfältige Perspektiven zu gewährleisten, wollten wir Teilnehmende mit unterschiedlichem Hintergrund rekrutieren. Hier sind einige Schlüsselmerkmale der Schweizer Stichprobe.

Darüber hinaus muss erwähnt werden, dass viele Teilnehmende beruflich oder ehrenamtlich mit geschlechtsspezifischen Themen befasst sind, einschliesslich Aktivismus, Wissenschaft, staatliche Gleichstellungsstellen, sexuelle Gesundheit und Bildung, Politik, Sexarbeit, Beratung, Trans-Aktivismus, Queer/LGBTIQ+-Beratung, Anti-Rassismus, Drag, Online-Aktivismus und Journalismus/Medienarbeit. Dieser berufliche Schwerpunkt prägte oft ihre Erzählungen, wobei viele mehr über berufliche als über persönliche Erfahrungen sprachen. Trotz aller Bemühungen fehlen einige Gruppen in der Stichprobe, wie z.B. queere Flüchtlinge und muslimische Personen. Folglich geben die Daten keinen Aufschluss darüber, wie diese Gruppen speziell von der „Anti-Gender“-Politik betroffen sind, obwohl sie regelmässig zur Zielscheibe werden.

Profil	Anzahl der Antworten	Muster Gliederung
Altersgruppen	31	Die meisten Teilnehmenden, die ihr Alter angaben, sind zwischen 25 und 34 (10 Teilnehmer) oder 35 und 49 Jahre alt (9), drei waren zwischen 50 und 64, zwei über 65 und einer unter 24. Das genaue Alter wurde nur selten angegeben, so dass kein eindeutiges Durchschnittsalter berechnet werden kann, das aber zwischen 30 und 40 Jahren liegen dürfte.
Geschlecht	31	Zu den Teilnehmenden gehören 11 non-binäre und Trans-Personen (darunter eine, die sich als Two-Spirit und eine als queer identifiziert), 13 gleichgeschlechtliche Frauen, sechs gleichgeschlechtliche Männer und eine intersexuelle Person.
Sexuelle Orientierung / Identität	30	Von den Cis-Männern bezeichnen sich fünf als schwul und einer als Cis-Hetero-Mann. Von den heterosexuellen Frauen bezeichnen sich vier als lesbisch, drei als bi/pan und die anderen als hetero (5). Non-binäre und Trans-Personen haben ein breites Spektrum an sexuellen Orientierungen angegeben (pan, homosexuell, hetero, queer usw.)
Herkunftsland	29	Die meisten Teilnehmenden gaben nur die Schweiz als Herkunftsland an (18), während vier die Schweiz und benachbarte Länder (zwei Italien, zwei Deutschland) angaben. Drei Teilnehmende gaben die Schweiz und andere Orte an (ein osteuropäischer Ursprung, einmal Indien und einmal Kenia/Somalia). Frankreich (1), Deutschland (1), Portugal (1) und Italien (1) wurden ebenfalls als Herkunftsländer genannt.
Land des Wohnsitzes / Rechtsstatus	30	Alle Teilnehmenden gaben die Schweiz als ihren Wohnsitz an. Die meisten Teilnehmenden haben einen schweizerischen oder europäischen Pass, und alle haben einen legalen Wohnsitz in der Schweiz.

Rassische/ethnische Identität	26	Was die rassische/ethnische Identität betrifft, so beschreiben sich die meisten Teilnehmenden als weiss oder kaukasisch (18), während vier weitere angaben, schweizerischer/deutscher/mitteleuropäischer Herkunft zu sein. Die Stichprobe spiegelt auch die rassische und ethnische Vielfalt wider, darunter vier Teilnehmende, die sich als People of Color (PoC) identifizieren.
Nationale Identität	26	Die nationale Identität war für die meisten Teilnehmenden keine eindeutige Kategorie, und diejenigen, die diese Kategorie ausfüllten, gaben die gleiche Antwort wie bei ihrer Herkunft oder ihrer rassischen/ethnischen Identität.
Pädagogische Ausbildung	30	Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden gab eine höhere Ausbildung an, 27 gaben an, eine Universität besucht zu haben (sechs mit Dokortitel, 10 mit Master, fünf mit Bachelor, 6 mit unbestimmter Universitätserfahrung). Ein Teilnehmer besuchte eine Kunstschule, einer gab an, eine weiterführende Schule besucht zu haben, und einer hatte keinen formalen Bildungsabschluss.
Religion	18	Über die Religionszugehörigkeit gab es kaum Angaben, die meisten Teilnehmenden bezeichneten sich als Atheisten/Agnostiker/keine Religion oder machten keine Angaben zur Religionszugehörigkeit. Eine Person gab jüdische Wurzeln an, während sich andere mit der katholischen (4) oder protestantischen (3) Kirche identifizierten, obwohl etwa die Hälfte von ihnen angab, „nicht zu praktizieren“.
Soziale Schicht	22	Die meisten Teilnehmenden gaben die Mittelschicht (13), die obere Mittelschicht (5) oder die untere Mittelschicht (3) an, nur ein Teilnehmer gab die Oberschicht an. Der Rest der Teilnehmenden (8) liess das Feld leer.
Behinderung/Beeinträchtigung / chronische Krankheiten	31	Die meisten Teilnehmenden (23) gaben an, keine Behinderung oder chronische Krankheit zu haben. 7 erwähnten chronische Krankheiten, aber es wurden nur wenige Details genannt.
Siedlungstyp	25	Die meisten Teilnehmenden leben in einer Grossstadt (11) und einer mittelgrossen Stadt (8); die genaue Zuordnung zu den Schweizer Städten bleibt jedoch unscharf, und viele Teilnehmenden waren sich zwischen beiden Kategorien nicht sicher. Es gibt auch Teilnehmende aus Kleinstädten (1), Dörfern (5) und ländlichen Gebieten (1). Viele der Teilnehmer aus kleineren Siedlungen sind noch in den Städten beruflich tätig.
Weiteres	2	Zwei Teilnehmende gaben an, dass fett sein ein wichtiger Aspekt sei.

Tabelle 10: Profile der Befragten Schweiz